

Initiative Antropstraße
Antropstraße 22

Essen, den 22. Mai 2016

45277 Essen

Herrn
Oberbürgermeister
Thomas Kufen
Rathaus

45127 Essen

Situation Antropstraße - Ihr Schreiben vom 07. März 2016

Sehr geehrter Herr Kufen,

nachdem im Rat beschlossen wurde, an der Antropstraße 100 Flüchtlinge in neuen Unterkünften unterzubringen, möchten wir Ihnen unsere Einschätzung der Situation zusammenfassen:

Durch die vollkommen überraschende Ankündigung der Stadt, über Presserecherchen erst Anfang Januar 2016 veröffentlicht, an der Antropstraße eine Bebauung vorzunehmen, hatten sich die Anwohner spontan zusammengefunden und noch im Januar vor rd. 350 Bürgern im „Bürgertreff Essen-Überruhr“ über die geplanten Maßnahmen informiert. Die anschließende Veröffentlichung über Homepage und Unterschriftenaktion mit rd. 1.300 Unterstützern konnten wir Ihnen persönlich am 24.02.16 noch vor der Ratssitzung übergeben.

Unser dortiges Gespräch wurde von allen Teilnehmern sehr positiv aufgenommen, Sie hatten sich trotz des terminengen Tages Zeit genommen, um unsere Argumente aufzunehmen und mit uns zu diskutieren. Wir hatten Sie ausdrücklich ermuntert, die Anwohner „mitzunehmen“ und nicht das bis dato vorgefundene Kommunikationskonzept „Verwaltung gegen Bürger“ fortzuführen. **Wir fühlten uns von Ihnen ernst genommen.** Umgekehrt konnten Sie sicher feststellen, dass wir Sachargumente und keine Polemik ins Feld führen und uns extremem Gedankengut verwehren.

Unsere Fragen Richtung Heuweg wurden dann ja auch von Ihnen mit Schreiben vom 07.03.16 beantwortet, auch wenn dort keine wirklichen Neuigkeiten mitgeteilt wurden.

In der Zwischenzeit ist die Stimmung aus den folgenden Gründen vollkommen gekippt:

- 1) Die Kommunikation der Stadt Essen findet weiterhin nicht statt, von Einbeziehung der direkt betroffenen Anwohner kann keine Rede sein. Wir erhalten Informationen

- weiterhin über die lokalen Medien
- 2) Die geplante Bebauungsart ist weiterhin vollkommen offen
 - 3) Das Gelände tangiert nicht die „Trasse Überrastraße mit Brückenbebauung über die Ruhr“, sondern wird direkt an bestehende Grundstücke gelegt. Schlussendlich: eine alternative Bebauung, z.B. am Heuweg oder in der bestehenden Fläche Langenberger Straße, wäre durch die Verringerung der Bewohnerzahl möglich gewesen, wird jedoch nicht in Erwägung gezogen

Zu den einzelnen Punkten unsere Fragen an Sie, Herr Oberbürgermeister:

Zu 1) Zwei gepachtete Flächen wurden kurzfristig gekündigt, Angebote der derzeitigen Besitzer nicht zur Kenntnis genommen. Das mag verwaltungsrechtlich begründet sein, zeigt aber deutlich, welchen Stellenwert die Bürger genießen. Warum wird von der Stadt keine Kommunikation, wie von Ihnen im persönlichen Gespräch vorgelebt, vorgenommen?

Zu 2) Wann endlich werden die Planungen offengelegt, Zeiträume veröffentlicht? Wir würden schon gerne wissen, wann die Bulldozer anrücken.....

Zu 3) Die geplante Bebauung wird auf der ausgewiesenen Baufläche stattfinden und schließt die vor 50 Jahren geplante alternative Streckenführung der Überrastraße mit Brücke über die Ruhr und Anbindung an die Henglerstraße in Steele aus. Wer soll das noch ernsthaft glauben? Dieses Projekt ist politisch, ökologisch und finanziell niemals durchsetzbar und wird doch sacrosanct behandelt.

Zu 4) Wir greifen einmal Ihr Schreiben auf. Die von Ihnen gemachte Aussage, der Heuweg befände sich als Gesamtfläche in Privatbesitz, stimmt nicht. Eine ausreichend große Fläche ist städtisches Grundstück. Da Sie selber in ihrem o.g. Schreiben von „dass die Fläche grundsätzlich_(teilweise sofort,..) planungsrechtlich für eine Bebauung von Flüchtlingsunterkünften geeignet wäre“ ausgegangen sind, verstehen wir nicht, warum sämtliche Stellen, die mit der Thematik „Flüchtlingsunterkünfte“ befaßt sind, sich hier blind stellen.

Der Heuweg ist doch nur wegen der „gemeinschaftlichen“ Bebauung – Stadtbesitz und Privatbesitz – durch das Raster gefallen, weil der Eigentümer der „privaten Fläche“ nicht verkauft hat, allerdings auf einer Fläche für 200 Flüchtlinge. Warum geht man dann nicht auf die im „städtischen Besitz“ befindliche Fläche?

Schlussendlich: warum wird die bestehende Anlage an der Langenberger Straße nicht modernisiert und ausgebaut, um 100 zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen?

Nein, man plant lieber an der Antropstraße in einer Kessellage und mit bereits angekündigten Klagen einiger Anwohner die Umsetzung mit der Brechstange. Das hat unserer Ansicht mit Ihrer bislang sehr gelungenen Amtsführung und im Sinne der „**EUROPEAN GREEN CAPITAL**“ 2017 nichts zu tun. Die Stadt Essen gibt hier ein vernichtendes Bild ab.

Fazit:

Wir gehen inzwischen davon aus, dass ein Exempel statuiert werden soll. Das gesamte Verhalten der Verwaltungsorgane sorgt dafür, dass die Frustration der Anwohner extrem hoch geworden ist. Auch soll man uns bitte nicht auffordern, an „runden Tischen oder sonstigen Initiativen“ teilzunehmen. Das können dann gerne weit angereiste Freiwillige übernehmen, die dann abends nach getaner Arbeit und mit gutem Gewissen der

Unterkunft den Rücken und in ihre Wohnungen zurückkehren, weit ab vom Geschehen. Es ist im Grunde genommen eine Schande, dass die Stadt Essen durch ihr Vorgehen eine aktive Integration vor die Wand fährt. Die später möglicherweise einziehenden Flüchtlinge kennen diese Situation nicht und würden mit Ablehnung konfrontiert, welche sie nicht einschätzen und zu der sie nichts können.

Nicht unerwähnt soll schließlich bleiben, dass unsere Aktivitäten von vielen Anwohnern und Betroffenen als viel zu „lieb“, „defensiv“ und „objektiv“ dargestellt werden. Wir wehren uns dagegen, denn unsere Linie ist weiterhin sachlich und auf Dialog ausgerichtet. Muss es also wirklich soweit kommen, dass plakativ und mit Krawall gegen die Maßnahme demonstriert wird?

Wir würden uns über Ihre Stellungnahme und Einflussnahme auf die Behörden freuen, diesem Treiben ein Ende zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen

Initiative Antropstraße